

GEW 140 Extra

Auf ein Wort

Die Landtagswahlen im Mai haben eine neue Mehrheit gebracht. Es wurde eine neue Landesregierung gebildet, es gibt einen neuen Ministerpräsidenten, Jürgen Rüttgers, und eine neue Kultusministerin, Barbara Sommer. In dieser Zeitung werden wir die Arbeit dieser Regierung und die Arbeit dieser Ministerin von verschiedenen Seiten kritisch beleuchten. Das wird auf der Personalversammlung auch der Fall sein. Sowohl die Tagesordnung als auch die bereits vorliegenden Anträge lassen dieses unschwer erkennen. Dennoch möchte ich es an dieser Stelle nicht unterlassen, auch auf das Positive hinzuweisen.

Tausend neue Lehrer hatte die Regierung Rüttgers den Schulen versprochen. Dieses Versprechen wurde eingehalten. Tausend neue Lehrkräfte standen am 01.08. in den Schulen. Leider hat der Hauptschulbereich in Gelsenkirchen davon nicht profitieren können, und im Grundschulbereich konnten wir auch nur 2 neue Kolleginnen begrüßen. Diese Einstellungen haben uns in unseren Schulformen in Gelsenkirchen also nicht unbedingt weitergeholfen.

Das zweite Versprechen war die Einrichtung von Ganztags Hauptschulen mit einem Stellenzuschlag von 30 %. Auch hier hat die Landesregierung zügig gearbeitet und Einstellungen bereits zum 01.02. 2006 realisiert. Kritik kann man hier nur an den Schulträgern im Lande, speziell an unserem Schulträger, der Stadt Gelsenkirchen, äußern, weil sie dieses Tempo nicht einhalten konnte, und wir nun zwar die ersten Lehrkräfte haben, es jedoch noch nicht klar ist, wo die Ganztags Hauptschulen denn nun auch wirklich entstehen sollen. Die Erlasslage des Ministeriums schreibt klipp und klar vor, dass es an den Schulen zur Durchführung des Ganztagsbereichs als auch für die Arbeitsplätze der Lehrer bauliche Maßnahmen geben muss. 90 % der notwendigen Gelder werden vom Bund bereitgestellt. Unser Schulträger konnte das Problem, die restlichen 10 % aufzubringen, nicht lösen. Wir müssen also davon ausgehen, dass der Ganztagsbetrieb an Gelsenkirchener Hauptschulen, wenn er denn aufgenommen wird, in den alten Halbtagsgebäuden stattfinden wird, die nicht einmal das „Raumprogramm“ für Halbtags Hauptschulen erfüllen.

Und noch ein Drittes möchte ich an dieser Stelle positiv hervorheben. Seit Jahren haben wir in Gelsenkirchen sowohl in der GEW als auch in den Personalversammlungen immer wieder von der Landesregierung gefordert, dass soziale Brennpunkte, wie wir sie hier im Emscher-Lippe-Raum vorfinden, besondere Konditionen erhalten müssen. Auch hier liegt bereits eine Zusage der Ministerin vor, dass sie in den Grund- und Hauptschulen des Landes, dort, wo es einen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund von 30 und mehr gibt, zusätzliche Stellen bereitstellen will, und das, und das ist erfreulich, ohne diese Stellen in anderen Regionen zu kompensieren. Wir wünschen uns, dass die Landesregierung dieses Versprechen zügig umsetzt. Wir wünschen aber auch, dass die Landesregierung auf GEW, Personalvertretung und Beschäftigte hört und sie bei der Gestaltung dieser Pläne beteiligt.

Karl-Heinz Mrosek

Inhalt:

Seite

Auf ein Wort	2
Stoppt die Taschendiebe	3
Belastung durch Lärm am Arbeitsplatz Schule.....	3
Impressum.....	4
Mehrarbeit in Schulen	4
Impressum.....	7
Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Bildung am 29.11.05	8
NRW-Lehrer warnen vor Gettoschule	8
Verwaltungsstrukturreform ist mit Selbstständigkeit von Schulen unvereinbar	9
Anträge zur Personalversammlung:	
▪ Schule ist mehr als Unterricht	10
▪ Hände weg von der Mitbestimmung	10
▪ Ganztags Schulen brauchen mehr Personal	11
▪ Schulbezirke der Grundschulen.....	11
▪ Erhebliche Belastungen der Grundschullehrkräfte.....	11
▪ Erhöhung der Anrechnungsstunden für die GS.....	12
▪ Flexible Schuleingangsphase	12
▪ Arbeitszeit	12
▪ Übernahme des Tarifvertrags öffentlicher Dienst	12
Erwerb C1 Englisch	12
Feuilleton	13
Sie erinnern sich: Staatsanwälte ermitteln	13
Buchbesprechung	14
Nachwort.....	15
Einladung zum Kabarettabend.....	15

Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Bildung am 29.11.2005, TOP 9.2

Ganztags Hauptschulen

Herr Dr. Beck verweist auf den Artikel in der Bierschen Zeitung. Inzwischen gäbe es ein Signal aus Münster, dass noch ein Einstieg im laufenden Schuljahr erfolge. Im nächsten Schuljahr soll dann gestartet werden. Alle 8 Hauptschulen in Gelsenkirchen seien bereit und willens, am Ganztage teilzunehmen. Aktuell stünden 9 Stellen verteilt auf vier Schulen zur Verfügung. Zunächst werde man Angebote in den Klassen 5 und 6 machen. Die 9 Stellen sollen genutzt werden, um Ganztage Hauptschule zu erproben und zur Entwicklung konzeptioneller Vorschläge. Der Ausschuss werde zu gegebener Zeit beschließen, welche Schulen endgültig ausgewählt werden.

Mittelfristiges Ziel sei es, an allen Hauptschulen ein Ganztageangebot zu machen. Herr Werner nannte folgende Hauptschulen, die als erste für die Erprobung ausgewählt worden seien:

- HS Eppmannsweg,
- HS Frankampstraße,
- HS Emmastraße und
- HS Am Dahlbusch.

Herr Winkelkötter begrüßte die Bereitschaft aller Schulen am Projekt teilzunehmen. Er habe sich allerdings über die kritischen Äußerungen in der Bierschen Zeitung gewundert. Er wolle wissen, ob die neuen Lehrer für die konzeptionellen Entwicklungen verantwortlich seien. Herr Dr. Beck hoffte, dass es sich bei den neuen Lehrern um junge Kolleginnen und Kollegen handeln werde. In

diesem Fall sollten erfahrene Kollegen mit den Schulleitungen die konzeptionelle Entwicklung vornehmen.

Frau Filthaus begrüßte die Einführung des offenen Ganztage an Hauptschulen. Allerdings frage sie sich, wo die vielen neuen Hauptschullehrer herkommen sollten. Zudem wollte sie wissen, ob es auch für die anderen Schulformen Ganztageangebote geben werde. Herr Hartmann zeigte sich verwundert über die plötzliche Nachfrage nach Ganztage für alle Schulformen. Er hoffe dabei auf einen Markt für neue Lehrkräfte.

Herr Karl stellte fest, dass die CDU seit 25 Jahren die offene Ganztage Schule fordere und zeigte sich erfreut über die aktuelle Entwicklung. Herr Dr. Beck findet es gut, dass jetzt der Einstieg gemacht werde. Ziel müsse es sein, dass Gelsenkirchen überproportional daran teilnehmen könne. Allerdings unter dem Vorbehalt der Finanzierung. Herr Winkelkötter nannte die Entwicklung ein Signal für eine rosige Zukunft. Herr Nienhaus, Schulleiter der HS Schwalbenstraße, bedauerte, dass seine Schule nicht eine der ersten vier sei, die den offenen Ganztage erproben könne. Er hoffe auf eine zukünftige Berücksichtigung.

Auch Herr Karl bedauerte die Nichtberücksichtigung der Schwalbenstraße, zeigte sich aber zuversichtlich, dass das sehr bald möglich sei.

NRW-Lehrer warnen vor Gettoschule Schulbezirke: Streit im Landtag

Die geplante Einführung der freien Grundschulwahl in NRW durch die Auflösung der Grundschulbezirke ist bei Städten und Lehrerverbänden auf massive Proteste

gestoßen. Dagegen begrüßte die Landeselternschaft trotz einiger Bedenken die Wahlfreiheit für die Grundschule ihrer Kinder

In einer mehrstündigen Anhörung im NRW-Landtag warnte die Lehrer-Gewerkschaft GEW vor einer drohenden Gettoisierung in sozial schwachen Stadtteilen, wenn besser gestellte Eltern Kinder auf weiter entfernte Grundschulen schicken könnten. Durch die Aufhebung der Schulbezirke wachse die Gefahr, dass eine Integration von Migrantenkindern nicht mehr stattfinde, sagte GEW-Expertin Rixa Borns.

Nach den Plänen von Schulministerin Barbara Sommer (CDU) sollen die Grundschulbezirke zum Schuljahr 2008/9 abgeschafft werden. Das Ministerium wies aber darauf hin, dass auch künftig jedes Kind einen gesetzlichen Anspruch auf den Besuch der wohnortnächsten Schule behalte. Außerdem könnten Eltern ihre Kinder nur dann außerhalb des Wohnorts anmelden, wenn die dortige Schule über freie Plätze verfüge. Deshalb werde die Zahl der Wechsler von heute unter zehn Prozent kaum steigen, hieß es.

Klaus Hebborn vom NRW-Städtetag befürchtet steigende Bürokratie und höhere Kosten der Kommunen. Auch der Gemeindebund sieht Probleme, die Schülerströme künftig sinnvoll zu steuern. Als Kompromiss schlug Hauptgeschäftsführer Norbert Schneider vor, die Auflösung des Schulbezirks als „Kann-Bestimmung“ ins Gesetz zu nehmen und die jeweiligen Schulträger vor Ort im Einzelfall darüber entscheiden zu lassen. Der Chef der Lehrgewerkschaft VBE, Udo Beckmann, wies darauf hin, dass es für Grundschüler wichtig sei, Freizeit und Schule gemeinsam zu verbringen. Dieser Kontakt gehe durch die Anmeldung an entfernten Schulen verloren.

Wilfried Goebels, BZ.: 12.01.2006

Verwaltungsstrukturreform ist mit Selbstständigkeit von Schulen unvereinbar – Verschlechterung der Personalrätestruktur und Abbau der Mitbestimmung muss verhindert werden!

In der GE - W 140 / Januar 2006 habe ich bereits auf der Seite 4 über die Erhebung des Landesrechnungshofes zu den Personalvertretungen unter dem Titel „Erhebung des Landesrechnungshofs zu Personalvertretungen“ berichtet. Ich habe auch die Positionen der GEW zu den Kürzungsvorschlägen dargelegt. Diese Informationen finden Sie als Antrag auch in dieser Zeitung, und zwar auf Seite 10. Die Personalversammlung wird sich unter dem Tagesordnungspunkt 5 wieder mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Dazu konnten wir als Referenten Herrn Martin Kieslinger, Justitiar der VBE-Landesgeschäftsstelle, gewinnen. Die Erhebung des Landesrechnungshofes war noch von der alten Landesregierung in Auftrag gegeben worden. Die Vorschläge sollten ursprünglich auch an diesen Auftraggeber gehen. Die neue Landesregierung hat sich bislang zu diesen Vorschlägen direkt noch nicht erklärt. Es ist aber zu befürchten, dass ihre Überlegungen noch über die Forderungen des Landesrechnungshofes hinausgehen.

So gibt es inzwischen die politische Willenserklärung der Landesregierung, bereits ab dem 01.08.2006 alle Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen in „Selbstständige Schulen“ umzuwandeln und alle Schulleiterinnen und Schulleiter zu Dienstvorgesetzten zu machen. Diesen Dienstvorgesetzten soll allerdings dann nicht ein Personalrat gegenüberstehen, der vor dem Hintergrund des Landespersonalvertretungsgesetzes mit verbrieften Mitteln und verbrieften Rechten die Interessen der Beschäftigten wahrnehmen kann, sondern diesen Schulleitern als Dienstvorgesetzten steht dann ein Lehrerrat gegenüber.

So heißt es im Punkt 16 des Eckpunktpapieres:

„Darüber hinaus sollen insbesondere auch die Aufgaben, die im Rahmen der Verordnung ‚Selbstständige Schule‘ (VOSS) obligatorisch und fakultativ übertragen sind, auf alle Schulleitungen übergehen. Im Einzelnen sind dies folgende Aufgaben:

- *Auswahl für und Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe (Einstellung)*
- *Verlängerung und Verkürzung der laufbahnrechtlichen Probezeit*
- *Beendigung der laufbahnrechtlichen Probezeit*
- *Anstellung*
- *Verleihung der Eigenschaft einer Beamtin oder eines Beamten auf Lebenszeit*
- *Entlassung auf eigenen Antrag*
- *Auswahl für und Einstellung in das Angestelltenverhältnis*
- *Beendigung des Angestelltenverhältnisses durch Kündigung durch die Angestellte oder den Angestellten, Auflösungsvertrag*
- *Anordnung, Genehmigung und Ablehnung von Dienstreisen*
- *Erteilung von einfachen Dienstzeugnissen gem. § 104 LBG über die Tätigkeit an der Schule*
- *Ausübung der Disziplinarbefugnisse und Verhängung der Maßnahme ‚Verweis‘*
- *Abmahnung von Lehrkräften im Angestelltenverhältnis*
- *Entlassung bei Nichtbewährung in der laufbahnrechtlichen Probezeit*
- *Beendigung des Angestelltenverhältnisses durch Kündigung bei Nichtbewährung in der Probezeit*
- *Anordnung, Genehmigung und Widerruf von Mehrarbeit*
- *Genehmigung und Ablehnung von Sonderurlaub gem. §§ 3, 4, 6, 7 und 11 Abs. 1 Sonderurlaubsverordnung*
- *Genehmigung und Ablehnung von Arbeitsbefreiung gem. § 52 BAT.“*

GEW-Geschäftsstelle:	Öffnungszeiten:
Essener Straße 88	

Schulleiterinnen und Schulleiter werden, wie man den Eckpunkten entnehmen kann, also nicht nur Dienstvorgesetzte, sie werden sogar Disziplinarvorgesetzte. Sie erhalten damit Machtbefugnisse, die z.Zt. nur bei der Bezirksregierung, nicht einmal beim Schulamt, liegen. Lehrerräte, die vor dem Hintergrund des Schulgesetzes tätig werden können, haben nicht die Möglichkeit eine effektive Interessenvertretung der Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen zu ermöglichen.

Karl-Heinz Mrosek

Resolutionen und Anträge zur Personalversammlung

① Schule ist mehr als Unterricht

Unterrichtsgarantie gibt's nicht auf dem Rücken der Lehrerschaft!

Im Zusammenhang mit dem hohen Unterrichtsausfall äußerte die Ministerin, dass Elternsprechtage, Fortbildungen und Konferenzen nur noch außerhalb der Unterrichtszeit stattfinden dürfen. Die Erhebungen des Ministeriums belegen jedoch eindeutig, dass der größte Teil des Unterrichtsausfalls durch Krankheit der Lehrkräfte verursacht wird. Die Ministerin nimmt billigend in Kauf, dass in der Öffentlichkeit ein falscher Eindruck entsteht, weil sie zulässt, dass Lehrerinnen und Lehrer für etwas verantwortlich gemacht werden, das sie nicht zu verantworten haben.

Wenn die Schule ihren pädagogischen Herausforderungen und Möglichkeiten nachkommen soll, ist das in der jetzigen Situation nicht ohne Unterrichtsausfall möglich, denn

- die Vielzahl der Aufgaben und die Arbeitsbelastung der Lehrerinnen und Lehrer nehmen ständig zu,
- Gesundheit und Einsatzkraft sind stark gefährdet,
- die Bereitschaft zur Weiterentwicklung von Schule und Unterricht wird unterlaufen,
- Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit werden nicht gefördert, sondern durch immer neue Vorschriften eingeschränkt,
- für qualifizierte Fortbildung und notwendige Beratung bleibt zu wenig Zeit.

Die

Personalversammlung

fordert die

Landesregierung auf,

Entwicklung und Ver-

besserung von Schule



nicht gegen, sondern gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern anzugehen. Erster Schritt dazu ist eine Stellenreserve von mindestens 5 % zur Sicherstellung des vollen Unterrichtsangebotes an jeder Schule.

Die Personalversammlung fordert alle Kolleginnen und Kollegen auf, die Protestmaßnahmen gegen diese Politik zu unterstützen.

2

Hände weg von der Mitbestimmung

Der Landesrechnungshof hat eine Erhebung über die Personalvertretung im Schulbereich vorgelegt, die unvollständig und einseitig ist, sowie erhebliche methodische und qualitative Mängel hat.

Darin wird vorgeschlagen, die Zahl der Personalräte von 144 auf 65 zu reduzieren und die für diese Arbeit zur Verfügung stehenden Stellen um 40 % zu kürzen.

Die Personalversammlung weist den vom Landesrechnungshof vorgeschlagenen massiven Abbau von Mitbestimmung für die Beschäftigten in den Schulen in aller Schärfe zurück. Der Landesrechnungshof macht sich damit zum politischen Anstifter einer Kampagne gegen die demokratischen Rechte aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Eine qualitative und angemessene Personalvertretung der 183.748 Pädagoginnen und Pädagogen ist mit einer derartigen Reduzierung von Strukturen und Ressourcen nicht zu leisten.

Die Personalversammlung fordert Herrn Ministerpräsidenten Rüttgers auf, sich umgehend von den Vorschlägen des Landesrechnungshofes zu distanzieren und sich zum Erhalt der qualifizierten Mitbestimmung im öffentlichen Dienst zu bekennen.

3

Ganztagsschulen brauchen mehr Personal, räumliche Voraussetzungen für den Ganztagsbetrieb und gut ausgestattete Arbeitsräume für die Lehrerinnen und Lehrer

Die Landesregierung möchte in möglichst kurzer 5 Zeit aus vielen Hauptschulen gebundene Ganztagschulen machen.

Voraussetzung für die Einrichtung von Ganztagschulen ist, dass genügend Personal eingestellt wird. Auf keinen Fall darf es zu einer Abgabe von Unterrichtsverpflichtungen an außerschulische Personen kommen. Der Unterricht muss unbedingt, und zwar ohne Einschränkung, in den Händen qualifiziert für diese Aufgabe ausgebildeter Lehrer bleiben.

Seit Bestehen der Hauptschulen in Gelsenkirchen entsprachen die räumlichen Voraussetzungen nicht dem Raumprogramm, das erlassmäßig vorgesehen ist.

Die über viele Stunden anhaltende Anspannung an einem Unterrichtstag mit zusätzlichen Präsenzzeiten führt zu einer psychischen Belastung der Lehrkräfte, die Rückzugsmöglichkeiten notwendig macht. Der Schulträger muss daher gewährleisten, dass für je zwei bis drei Lehrer geeignete Arbeitsräume mit PC und Arbeitsmitteln zur Verfügung stehen.

Vorab ist zu klären, wie sich der Ganztagsschulbetrieb auf die Lehrerarbeitszeit insgesamt auswirkt. Dabei sind die Interessen der Teilzeitbeschäftigten (Vereinbarkeit von Familie und Beruf) und der Schwerbehinderten besonders zu berücksichtigen.

Bei der Einrichtung von offenen Ganztagsgrundschulen sind diese Voraussetzungen ebenfalls zu erfüllen.

4

Schulbezirke der Grundschulen

Die Landesregierung plant die Abschaffung der Schulbezirke. Damit wird das Prinzip eines wohnortnahen gemeinsamen Schulbesuchs der Kinder eines Wohnbezirks aufgegeben. Ein für die Integration verschiedener Bevölkerungsschichten wesentliches Element fällt damit grundlos fort.

Die Personalversammlung lehnt deshalb eine solche Maßnahme ab.

Erhebliche Belastungen der Grundschullehrkräfte

Die in den letzten Jahren ständig ansteigende Zahl von Neuerungen hat zu einer unerträglichen Überlastung der GrundschullehrerInnen geführt. Hierzu gehören unter anderem:

- **Beurteilungszeugnisse**
- **Förderempfehlungen**
- **Gutachten zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs**
- **Einschulungsuntersuchungen (Kieler Verfahren, Sprachtests, Elterngespräche)**
- **Planungen für die flexible Eingangsstufe**
- **Erstellen und Überarbeiten von individuellen Förderplänen**
- **Erstellen und Führen von Beobachtungsbögen**
- **Überarbeiten der Richtlinien**
- **Weiterentwicklung des Schulprogramms**
- **Beratungen zur Offenen Ganztagschule**
- **Pädagogische Konferenzen**
- **Elternsprechtage am Nachmittag.**

Der Sinn jeder einzelnen Maßnahme ist zu verstehen. In der Summe der Aktivitäten ist das alles aber neben dem Unterricht für den einzelnen Lehrer/die einzelne Lehrerin nicht mehr leistbar. Wir arbeiten auf Kosten unserer Gesundheit. Es ist eine Vernachlässigung der Fürsorgepflicht unserer Vorgesetzten, immer neue Leistungsforderungen aufzustellen, ohne sich über die Umsetzbarkeit Gedanken zu machen.

Wir fordern eine spürbare Entlastung auf der organisatorischen Ebene. Wir brauchen mehr Zeit und Ruhe zur Planung sinnvoller Unterrichtskonzepte und zur Vor- und Nachbereitung unseres Unterrichts. Vor allem von Klassenleitungsaufgaben müssen wir spürbar entlastet werden.

Wilder Aktionismus löst keine Probleme.

6

Erhöhung der Anrechnungsstunden für die Grundschulen

Wir fordern die Erhöhung der Anrechnungsstunden um 0,4 auf 0,6.

Es ist nicht einzusehen, dass die

weiterführenden Schulen für besondere

Aufgaben wesentlich höher entlastet werden.

Die Grundschulen erhalten 0,2

Anrechnungsstunden je Grundstelle, während

bei den weiterführenden Schulen dieser

Faktor zwischen 0,5 Realschule, 0,6

Hauptschule und 1,2 Sekundarstufe II liegt.

7

Flexible Schuleingangsphase

Wir fordern erneut für jede Schule eine

sozialpädagogische Fachkraft und zusätzliche

personelle und sächliche Unterstützung aller

Grundschulen für die Arbeit in der

Schuleingangsphase.

8

Arbeitszeit

Die Personalversammlung der Lehrkräfte der Grund- und Hauptschulen in Gelsenkirchen fordert die neue Landesregierung auf, durch

- Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung für alle Lehrkräfte um eine Unterrichtsstunde pro Woche
- Rücknahme der Verlängerung der Lebensarbeitszeit

- Rücknahme der Kürzungen der Altersermäßigung (Früher gab es mit 50 Jahren 2 Stunden und mit 55 Jahren 2 weitere Stunden Altersermäßigung.)
- Weiterführung und Erweiterung der Altersteilzeit (Das Gesetz ist immer noch bis zum 01.01. 2010 befristet.)

auf die gestiegenen Arbeitsbelastungen zu reagieren.

9

Übernahme des TVöD

Die Personalversammlung fordert das Land auf, innerhalb der Tarifgemeinschaft deutscher Länder die Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften wieder aufzunehmen, mit dem Ziel, den Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) zu übernehmen und darüber hinaus die spezifischen Probleme angestellter Lehrkräfte tarifvertraglich zu regeln.

Regelungsbedarf gibt es bei

- Arbeitszeit für Lehrkräfte
- Urlaub von Lehrkräften und Entgeltfortzahlung während des Urlaubs
- Arbeitsbedingungen von Beschäftigten, wie pädagogische Unterrichtshilfen, Erzieherinnen, Vorklassenleiterinnen, die vielfach auch als Lehrkräfte beschäftigt sind
- Stufenzuordnung bei Neueinstellung
- Stufenzuordnung bei Länderwechsel
- Berücksichtigung der niedrigeren allg. Zulage für angestellte Lehrkräfte im Tabellenentgelt
- Tarifierung der Eingruppierung von angestellten Lehrkräften.

Erwerb C1 Englisch:

Zuschuss von 600 € und ca. 2 Stunden Entlastung

Nachfragen veranlassen uns, noch einmal auf eine Neuregelung beim Erwerb der Sprachqualifikation C1 in Englisch für die Grund- und Förderschulen aufmerksam zu machen.

Durch den Einsatz des Hauptpersonalrates ist nunmehr seit Schuljahresbeginn der Erwerb der Sprachqualifikation C1 als Fortbildung anerkannt.

Daraus folgt, dass neben der Möglichkeit zur Erstattung von maximal 600 € Kursgebühren auch eine Anrechnung auf die Unterrichtsverpflichtung von bis zu 2,3 Stunden (je nach Umfang der Maßnahme) erfolgt.

Die Teilnahme ist auch für Vertretungskräfte möglich.

Bei Interesse wenden Sie sich bitte an das Schulamt.

Helga Krüger

Erdbeben in Pakistan

Die GEW ruft alle Lehrerinnen und Lehrer auf, den

Spendenaufrufen

Der neue Fortbildungskatalog für die „Sommer“-Zeit

Biologie	Heimische Nachtschattengewächse; Nachtwanderung zur Erkundung.	Freitag, 10.03.2006, 22.00 – 24.00 Uhr; Botanischer Garten.
Pädagogik	Klassenfahrten ohne Unterrichtsausfall. Praktische Tipps und methodische Konzepte.	Samstag, 07.01.2006 bis Sonntag, 08.01.2006, Gelegenheit zum Kirchgang.
Schulmanagement	Lehrereinstellungsverfahren ohne Unterrichtsausfall. Mit praktischen Entspannungsübungen für Auswahlgespräche nach 23.00 Uhr.	Akademie Hilden, 40 €Selbstbeteiligung.
Pädagogik	Gesprächsführung im Minutentakt. Wie führe ich 29 Elternberatungen an einem Nachmittag effektiv durch? Theoretische Grundlagen, erprobte Konzepte, praktische Übungen.	Freitag, 20.01.2006, 6.00 – 7.30 Uhr (Theorie) und 16.00 – 19.00 Uhr (Praxis). GGS Sommerstraße, Gütersloh.
Sport	Schulsport im Alter; Bewegungskreis Geriatrie. (Dieses Angebot gilt für P und HS mit Altersbeschränkung ab 63.)	Übungsraum Petruskrankenhaus, Freitag, 19.00 – 20.00 Uhr oder Absprache mit dem Heimpersonal.
Pädagogik	Mit 66 Jahren... Wiedereingliederungsworkshop für pensionierte Lehrkräfte.	Montag – Freitag, 6.30 – 7.30 Uhr. Danach lustige praktische Übungs- formen an einer HS in Ihrer Nähe.
Theater / Literatur	„Ein Sommer – Nachtstraum.“ Voraussetzung ist die Liebe zu Päd- agogik und Theater. Auch Statisten und sprachlose Lehrerinnen und Lehrer sind willkommen.	Sonntagsmatinee. Termin wird noch bekannt gegeben.
Religion	Schülergottesdienste; Gestaltung nach dem Beispiel katholi- scher Frühmessen.	Donnerstag, 15.06.2006, 6.00 – 13.00 Uhr; Laurentiuskirche (Fronleichnam).
Schulmanagement	Arbeitszeit gewinnen! Effektive Nutzung nächtlicher Schlaf- losigkeit (speziell für Lehrkräfte über 50).	Freitag, 26.06.2006, 2.00 – 4.00 Uhr; Schulamt.

Freizeitpark Warner Brothers

Sie erinnern sich? Die Staatsanwaltschaften wurden tätig, weil KollegInnen vom Freizeitpark einen „Schulpass“ erhielten, der sie zu kostenlosen Besuchen der Freizeitparks der Firma berechtigt hätte.

Mit dem Rechtsschutz der GEW wurde jetzt wieder eine Kollegin vom Vorwurf der „Vorteilsnahme“ frei gesprochen: „Die Angeklagte wird auf Kosten der Landeskasse mit Auslagererstattung frei gesprochen“.

In den vielen Fällen, die von den Strafverteidigern der GEW für die GEW-Mitglieder geführt wurden, kam es in keinem Fall zu einer Verurteilung. In den meisten Fällen wurde das Verfahren sogar vor Anklageerhebung eingestellt.

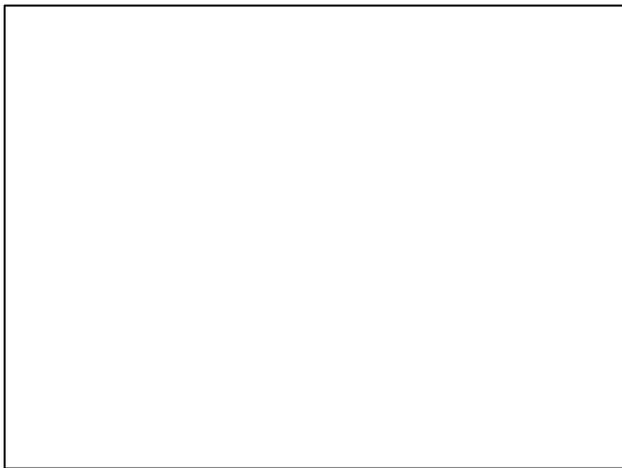
Die Kosten, die die Landeskasse jeweils zu tragen hatte, wären besser in die Finanzierung von Klassenfahrten geflossen (Reisekosten der Lehrkräfte!).

Jürgen Gottmann

PISA von unten aus dem Alltag einer Hauptschullehrerin

Gisela Kämper

Ein Titel, der neugierig macht. Nicht nur weil vielen von uns die Verfasserin Gisela Kämper bekannt sein wird. Bekannt, weil sie seit über 35 Jahren an Gelsenkirchener Hauptschulen tätig ist, bekannt aber auch, weil sie in den vergangenen Jahren immer wieder die örtliche Lehrerfortbildung durch ihre Musikveranstaltungen bereichert hat. Und nun hat sie ein Buch geschrieben, 190 Seiten aus dem Alltag einer Hauptschullehrerin.



„Am Anfang stand die Wut...“, so schreibt sie in ihrem Vorwort; hilflos einem undisziplinierten, respektlosen Haufen von Verweigerern, Nullbock-Schülern und Schulschwänzern ausgeliefert zu sein. Ihre Wut richtet sich aber auch gegen all die, die die Belastungen der Lehrer von Jahr zu Jahr erhöhen und sie davon abhalten, ihren eigentlichen Aufgaben - „Erziehung und Bildung der Schüler“ - nachzukommen. In 14 Kapiteln hat sie ihre Erfahrungen kritisch zusammengefasst. Einige Überschriften möchte ich zitieren:

- **Englisch an der Hauptschule**
oder: ein Beitrag zur Chancengleichheit?
- **Vertretungsunterricht**
oder: Es gibt nichts Schlimmeres
- **Scham über mein Versagen lässt mich schweigen**
oder: Wie hält man das aus?
- **Unsere Rahmenbedingungen**
oder: Eine ironisch kritische Glosse

Auf keinen Fall versäumen sollte man als Leser das Kapitel 10: **Arbeitsplatzbeschreibung**. Furchtlos hält sie hier den im Bildungswesen Verantwortlichen den Spiegel vor und entlarvt mit der Beschreibung ihres Arbeitsplatzes an der Hauptschule in Gelsenkirchen all die, die nur in Sonntagsreden das hohe Lied der Hauptschule singen. All dies hat sie jedoch nicht verbittert. Das wird im letzten Kapitel ihres Buches deutlich:

Brief an eine junge Hauptschullehrerin

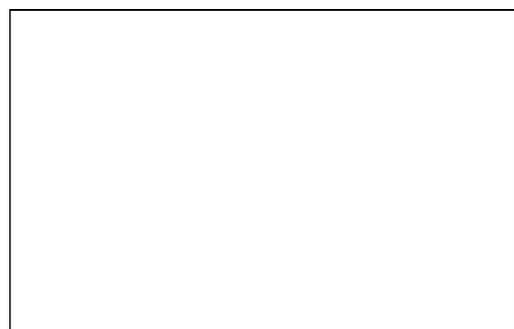
oder: Deine Schüler brauchen Liebe,
Regeln und
Konsequenz

Ein Buch, das eigentlich jede Lehrerin, jeder Lehrer lesen sollte, nicht nur, wenn sie an der Hauptschule tätig sind. Nein, es ist ein Buch, das alle Lehrkräfte aller Schulformen in allen Regionen unseres Landes interessieren wird, und das ihnen hilft, Wege durch den Alltagsstress zu finden. „**Pisa von unten**“ ist aber auch sicherlich eine lohnende Lektüre **für die da oben**.

Das Buch ist erschienen im Fotoverlag Neuss – abalino verlag, Weinbergerstraße 81, 81241 München, ISBN 3-927544-72-8.

Es ist im Buchhandel erhältlich (wird bestellt) oder über www.amazon.de (3 € Versandkosten) oder beim Verlag fotoverlag@freenet.de (versandkostenfrei) zum Preis von 14,80 €

Karl-Heinz Mrosek



Gisela Fries-Oehlschlägel



Nachwort

„Die diesjährige Personalversammlung (die erste seit „Sommer“) findet am Dienstag, dem 21. März 2006,“ statt. Karl-Heinz Mrosek hat bereits in der Zeitung GE – W 140 unsere Personalversammlung auf der letzten Seite angekündigt. Wenn man bei diesem Wortspiel bleiben will, kann man auch sagen: Es findet statt die diesjährige Personalversammlung (die 25. seit Karl-Heinz Mrosek). Am 11. Juni 1981 errang die GEW in Gelsenkirchen, nachdem sie 11 Jahre lang im Personalrat in der Minderheit gewesen war, wieder die Mehrheit und hat sie seitdem ausgebaut und gehalten. Seitdem ist Karl-Heinz Mrosek Vorsitzender dieses Personalrats und die Personalversammlung März 2006 ist die 25. ordentliche Personalversammlung, die unter seiner Leitung vorbereitet und durchgeführt wurde.

Ein nicht alltägliches Jubiläum. Ich war dabei 1981 und habe den Personalrat und Karl-Heinz als Vorsitzenden 23 Jahre im Personalrat begleitet. Vor 2 Jahren bin ich aus familiären Gründen ausgeschieden, weil mir die Arbeitsbelastung zu groß wurde. Doch Karl-Heinz zieht immer noch seine Bahnen. Er brennt immer noch wie damals. Immer noch gelingt es ihm, den Personalrat zu motivieren, sich für die Interessen der Beschäftigten stark zu machen. Er hat in den 25 Jahren jedoch nicht nur Personalversammlungen geleitet, er hat eine Unzahl von Personalratssitzungen durchgeführt, Gespräche mit dem Schulamt geführt, Sprechstunden abgehalten und Tausende von Beratungsgesprächen mit Kolleginnen und Kollegen durchgeführt. Mit seiner Arbeit hat er vielen Kolleginnen und Kollegen geholfen. Er selbst hat jedoch davon keine Vorteile gehabt.

Ich wünsche ihm und uns, dass er noch viele Jahre dieses Amt ausüben kann, dass die Landesregierung und der Landesrechnungshof die Personalräte nicht wegrationalisieren, er bei guter Gesundheit bleibt und die Beratungsqualität für die Kolleginnen und Kollegen in Gelsenkirchen und Umgebung aufrecht erhält.

Glückauf
Gisela Fries-Oehlschlägel

Einladung

zu einem **Kabarettabend**
am Montag, dem 12. Juni 2006
in den Räumen der AWO
Grenzstraße 47, 45881 Gelsenkirchen

Beginn: 19.30 Uhr

Einlass: 19.00 Uhr

Eintritt für GEW-Mitglieder frei.
Nichtmitglieder zahlen 8,- € an der Abendkasse.

Kabarett mit Trio Hitzefrei

Neues Programm!



Hellwach und ausgeschlafen!

Im Rahmen dieser Veranstaltung

werden wir auch unsere

Das sind Ihre Personalratsmitglieder



Karl-Heinz Mrosek
Vorsitzender
HS Mehringstraße
Tel. priv.: 02362 / 6 30 70
Fax priv.: 02362 / 94 81 85



Margret Schröer
Stellvertretende Vorsitzende
HS Grillostraße
Tel. priv.: 8 37 77



Gabriele Behrendt
GGs Grillostraße
Tel. priv.: 4 43 82



Hildegard Gallas
HS Emmastraße
Tel. priv.: 0201 / 30 59 76



Uwe Lorenz
GGs Dörmannsweg
Tel. priv.: 61 10 04
Fax priv.: 3 59 59 39



Marita Koch
GGs Röttgersweg
Tel. priv.: 77 87 64



Markus Dudel
GGs Spindelstraße
Tel. priv.: 3 59 55 76



Annette Dewald
KGS Fürstinnenstraße
Tel. priv.: 27 22 87



Marion Appold
GGs Bickernstraße
Tel. priv.: 9 88 26 46



Lothar Jacksteit
GGs Stephanstraße
Tel. priv.: 49 26 51